

Herzlich willkommen zum C-Newsletter. Denn auch wir stehen kurz vor dem Ende der Zukunft.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,776660,00.html>

Bei manchen Mailprogrammen schleichen sich in den Newsletter Sonderzeichen ein (so wie der Staat in unsere Freiheiten), die die Lesbarkeit erschweren. Für diesen Fall unser Angebot im pdf-Format:

[http://www.strafrecht-online.org/pdf.2011\\_07\\_29](http://www.strafrecht-online.org/pdf.2011_07_29)

## I. Eilmeldung

< DDR2 kommt >

Beunruhigendes für unsere Freundinnen und Freunde des RCDS. Am Montag erreichte uns die elektronische Bestellbestätigung für „DDR2“.

Das ging aber schnell und hatten wir eigentlich nicht mehr zu träumen gewagt: Nun gut, wir arbeiten seit Jahren zielstrebig darauf hin, aber eine offizielle Bestellung hatten wir bislang auch deshalb nicht abgeschickt, weil wir nicht genau wussten, wohin. Ist dafür noch der Ostblock zuständig oder doch Teufelskerl Anders Fogh Rasmussen? Jetzt ist sie da. Gleich mal feierlich die Jacke angezogen und die Verpackung aufgerissen. Wir riechen es bereits, ja, das ist sie.

## II. Law & Politics

< Baden-Württembergische Landesregierung setzt auf Verstaatlichung >

Bei einer solchen Überschrift rutscht dem neo-liberalen Leserkreis des Newsletters das Herz in die Hose. Werden nun doch die schlimmsten Befürchtungen wahr und die S-Klasse fährt unter grün-roter Aufsicht zukünftig mit Windenergie? Nein, nein, keine Sorge! Aber es scheint so, als würde die Landesregierung bei ihrer Ablehnung eines privatisierten Strafvollzuges bleiben, die sie bereits im Koalitionsvertrag zum Ausdruck gebracht hat. Als Konsequenz hieraus bekräftigte Justizminister Rainer Stickelberger anlässlich eines Besuchs der JVA Offenburg, die Teilprivatisierung der Anstalt solle rückgängig gemacht werden, wenn die Verträge mit der Firma KÖTTER 2014 ausliefen. Die Anstalt soll zukünftig also wieder vollständig durch Bedienstete des Staates betrieben werden.

Für den LSH-Mecker-Newsletter ist diese Ankündigung nicht einfach zu handhaben. Ist an der Entscheidung, endlich aus dem wahnwitzigen Projekt der Privatisierung originär hoheitlicher Aufgaben auszusteigen, doch eigentlich gar nichts auszusetzen. Schließlich wird so das in der Politik weit verbreitete Missverständnis wenigstens für Baden-

Württemberg überwunden, der Strafvollzug müsse sich finanziell rechnen. Denn das Gegenteil ist richtig. Der Strafvollzug ist eine Maßnahme, die so tief wie keine andere in die Grundrechte der Inhaftierten und ihrer Angehörigen und Bekannten eingreift. Ein Staat, der für sich das Strafmonopol in Anspruch nimmt, muss sich der damit verbundenen Verantwortung stellen. Die Strafe ist daher so auszuwählen und auszugestalten, dass die Zielsetzung der zukünftigen Legalbewährung der Strafunterworfenen möglichst weitgehend erreicht wird. In vielen Fällen kann dies nur bedeuten, auf Strafe (jedenfalls auf Freiheitsstrafe) ganz zu verzichten. In den wenigen Ausnahmefällen, in denen ein Einsperren unvermeidlich erscheint, sind alle Anstrengungen im Gefängnis auf eine möglichst schnelle Resozialisierung der Inhaftierten auszurichten. Das vor allem für gutes Personal und gute Lebensbedingungen aufzuwendende Geld darf nicht als Teil einer Wirtschaftlichkeitsbewertung verstanden werden. Es ist vielmehr eine Investition in die Zukunft der Gesellschaft.

Die Notwendigkeit hoher Anforderungen an die Tätigkeit der Bediensteten im Strafvollzug betrifft dabei nicht nur das Wachpersonal, sondern alle Personen, die mit den Gefangenen in Kontakt kommen. Insoweit sind auch gerade die resozialisierungsrelevanten Bereiche der Ausbildung und Arbeit von Gefangenen angesprochen, die in Offenburg derzeit noch von der KÖTTER Justizdienstleistungen GmbH & Co. KG organisiert werden. Hier arbeiten Menschen, die teilweise so schlecht bezahlt sind, dass sie wie in der JVA Burg in Sachsen-Anhalt in den Warnstreik treten müssen. Mitarbeiter, die für die Arbeit im Vollzug und mit Gefangenen nicht ausreichend ausgebildet sind, was auch der ehemalige Justizminister Ulrich Goll einräumen musste. Wie soll von diesen erwartet werden, dass sie den Inhaftierten Lebensmut, Energie und gewinnbringende Kenntnisse vermitteln? Eine Firma wie KÖTTER aber will und muss Geld verdienen. Es geht ihr daher nicht um das Beste für Gefangene und Gesellschaft, sondern um die kostengünstigste noch vertretbare Umsetzung. Nicht einmal die ohnehin fragwürdigen Kräfte des Marktes können hier regulierend wirken, da weder die Nachfrage das Angebot bestimmt, noch evaluierbare Erfolgskriterien benannt werden können. Kurzum, Wirtschaftlichkeit und Resozialisierung passen nicht zusammen.

Es ist also gut, dieses Experiment zu beenden. Aber wir wären nicht der Mecker-LSH, wenn wir nicht doch noch ein bisschen rummäkeln würden. Es ist zunächst bedauerlich, dass die noch im Koalitionsvertrag angestrebte Auflösung der Verträge mit KÖTTER „zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ vom Tisch zu sein scheint. Auch wurde wohl die grundsätzliche Ablehnung eines teilprivatisierten Strafvollzugs durch Grün-Rot nicht allzu teuer erkaufte. Wie die Erfahrung in Hessen (JVA Hünfeld) zeigten, ist keinesfalls ausgemacht, dass privat betriebener Strafvollzug weniger kostet. Hier sind die Kosten sogar erheblich gestiegen. Aber auch die angegebenen Einsparungen in der JVA Offenburg von 200.000 Euro im Jahr sind bei knapp 200 Mio. Euro Gesamtausgaben für den Vollzug in Baden-Württemberg überschaubar. Und außerdem soll die Beendigung der Teilprivatisierung nach Aussage des Justizministers ja „nicht zu zusätzlichen Belastungen im Landeshaushalt führen“.

Spätestens hier müssen wir kurz innehalten und mit Bedauern feststellen: (Auch) In diesem Punkt hat Grün-Rot offensichtlich nichts dazugelernt. Nur das Etikett „ausschließlich mit staatlichen Bedienstete betrieben“ auf die Mauern der JVA zu kleben, reicht nämlich nicht aus. Die Verantwortung des Staates geht dahin, hieraus ein Qualitätsmerkmal zu machen, das für gut ausgebildetes, gut bezahltes, motiviertes Personal steht und eine gute Betreuung garantieren kann. Belastungen für den Haushalt wären insoweit mehr als sinnvoll.

< Mit Cyber-Cops auf Netz-Patrouille >

Es bedurfte keiner hellseherischen Fähigkeiten, um die Reaktionen quer durch alle politischen Reihen auf die Ereignisse in Norwegen vor einer Woche vorherzusagen. Kaum war der erste Schock überwunden, ertönten wieder die altbekannten Rufe nach mehr Überwachung, mehr Befugnissen für den Verfassungsschutz etc. So packte der Vorratsdatenspeicherungsexperte der CSU, Hans-Peter Uhl (unser neuer Freund; vgl. den letzten NL), beispielsweise einmal mehr die Leier von der Einführung der Vorratsdatenspeicherung aus, auf dass in Zukunft solche Anschläge zumindest in Deutschland verhindert würden.

<http://tinyurl.com/H-P-Uhl>

Vermutet wurde zunächst quasi reflexhaft ein islamistischer Hintergrund der Tat – O-Ton aus dem heute journal: „Alles andere wäre zum jetzigen Zeitpunkt reine Spekulation.“ Bedenkt man, dass laut Europol von im letzten Jahr in der EU verübten angeblich 249 Terroranschlägen ganze drei einen solchen Hintergrund hatten, kam man an einer solchen Vermutung natürlich nicht vorbei.

<http://tinyurl.com/FAZ-Fernsehkommentar>

Nachdem dann aber plötzlich eine rechte, islamfeindliche Gesinnung des Täters festgestellt wurde, war der Aufruhr auch hierzulande groß. Wäre so eine Tat auch bei uns in Deutschland möglich? Oder wäre der Täter im Netz des Verfassungsschutzes hängen geblieben? Gerade in Anbetracht der Tatsache, dass er über lange Zeit im Internet seine rechtsextremistische Einstellung deutlich gezeigt hat, schlossen sich diverse Stimmen Uhl in seiner Forderung an oder schossen zumindest schrotflintenartig in ähnliche Richtung. Insbesondere das Verhalten rechter Gruppierungen im Internet sei wesentlich stärker zu überwachen. Andrea Nahles forderte neben einem politikfreien Sonntag die zusätzliche Einstellung von Polizisten, die ihrer Vorstellung nach insbesondere zur Überwachung der rechten Szene im Internet einzusetzen seien. Jedenfalls das erste Anliegen unterstützen wir, auf Nahles bezogen, mit vollem Nachdruck, es dürfen auch ruhig sieben Tage in der Woche sein. Des Weiteren wurden unter anderem die Schaffung von 2.500 „Cyber-Cops“ (Rainer Wendt) und Patrouillen im Netz (Wolfgang Bosbach) angemahnt.

<http://tinyurl.com/Internet-Patrouillen>

Und wie nun aus der Politik wie stets die Schreie nach Überwachung kommen, hallt es aus dem NL wie gewohnt zurück. Angesichts der überwältigenden Vielzahl an möglichen Internet-Seiten, die zur rechtsextremistischen Kommunikation dienen könnten, haben selbst die geforderten 2.500 Cyber-Cops wenig Aussicht auf Erfolg. Maximal dürfte wohl das eine oder andere Strafverfahren wegen Volksverhetzung mehr erwartet werden, ein kümmerliches Ergebnis, wenn man sich insbesondere den Straftatbestand und seine Legitimität einmal genauer anschaut. Zudem stellt das Internet kein eingrenzbare Einsatzgebiet dar, das auch nur im Ansatz vergleichbar mit einer Streife „in echt“ systematisch zu kontrollieren wäre. Die Patrouillen müssten somit quasi blind durch das Netz stolpern oder – eleganter ausgedrückt – surfen. Und selbst wenn beim Rumpatrouillieren jemand auf einen Täter wie Anders B. aufmerksam geworden wäre, wären hier beim Verfassungsschutz sofort sämtliche Alarmglocken losgegangen? Die Cyber-Cops stünden in diesem Fall einem Menschen gegenüber, der früher in einer rechten Partei Mitglied war und immer noch in einschlägigen Foren klare rechte Tendenzen zeigt, zudem dem Schießsport nachgeht und für seinen offiziell betriebenen Bauernhof grundsätzlich zum Bombenbau tauglichen Kunstdünger in für einen solchen Hof üblichen Mengen kauft.

Mit dem kürzlich an dieser Stelle besprochenem Vortrag von Rolf Gössner im Ohr, der 38 Jahre ohne rechtlich in irgendeiner Weise zu begründenden Anlass vom Verfassungsschutz überwacht wurde, kann hier natürlich nicht völlig ausgeschlossen werden, dass eine Überwachung im Fall des Anders B. nicht erfolgt wäre. Unter Anwendung eines solchen Schemas wäre der Verfassungsschutz aber sehr schnell an die Grenze seiner (ohnehin glücklicherweise bescheidenen) Leistungsfähigkeit getrieben. Zudem wurde der wirkliche Ruf nach Überwachung der rechten Szene erst nach den Anschlägen laut. Vorher galt das Hauptaugenmerk bekanntlich neu in die Nachbarschaft gezogenen „seltsam aussehenden Menschen [...], die sich nie blicken lassen oder ähnlich, und die nur Arabisch oder eine Fremdsprache sprechen, die wir nicht verstehen“ (Körting, Berliner Innensenator). Wäre der Anschlag von einem Linksextremisten verübt worden, so wäre die Forderung gewesen, eben diese Gruppierung intensiver zu überwachen. Wäre es der Anschlag eines radikalen norwegischen Death-Metal-Anhängers gewesen, vielleicht müsste Wacken verboten und die einschlägigen Zeitschriften genauestens vom Verfassungsschutz beäugt werden.

Die Taten eines derart denkenden und handelnden Einzeltäters lassen sich nicht einfach aus einer politischen oder sonstigen Strömung herleiten. Die in aller Regel verfassungswidrige und ressourcenmäßig nicht mögliche Totalüberwachung dieser Gruppen wäre der erste Schritt, der nicht einmal hinreichend wahrscheinlich zum Verdächtigen geführt hätte und führen würde.

Stammtischparolen wie die aufgeführten ließen sich nun ohne weiteres mit der Weisheit kontern: Wir können die Sicherheit niemals erlangen, aber mit Sicherheit die Freiheit verlieren. Vor allem aber sollten sich die Marktschreier das Folgende zu Herzen nehmen: So nachvollziehbar der Wunsch nach mehr Sicherheit sein mag, so würde es doch von

Verstand zeugen, auch die Grenzen dieses Wunsches zu erkennen und festzustellen, dass es Dinge gibt, die nicht oder nur durch unverhältnismäßige Maßnahmen verhindert werden können. Ein solch tragisches Ereignis aber dazu zu nutzen, um sich und seine Partei mit dem Vortragen nicht umsetzbarer Forderungen zu profilieren, zeugt dagegen vor allem von fehlendem Respekt für die Opfer und Hinterbliebenen der Tat.

### III. Für Sie gelesen

< Burschenschaften doch schlechter als ihr Ruf >

Nach unserem Beitrag „Pflichtpartien für Kai Ming Au“ im letzten NL sprang SPON behände auf den Zug – und legte nach. 3000 Seiten aus Sitzungsprotokollen, internen Berichten und Strategiepapieren, „sprachlich wie intellektuell oft schwachbrüstig“, würden mit den „letzterbliebenen Illusionen über die Männer mit markigen Schmissen“ gründlich aufräumen. 3000 Seiten sind echt eine Menge, wie fassen die wichtigsten uns bislang verborgen gebliebenen Unzulänglichkeiten zusammen:

Protokoll der studentischen Aktiven der Saarbrücker Ghibellinia:

TOP 1: Die Tagesordnung wird verlesen und genehmigt.

TOP 2: Das Protokoll wird genehmigt.

TOP 3: Post – nichts.

Das klingt erst einmal nicht absolut ungewöhnlich, auch wenn TOP 3 uns neidisch werden lässt. Den kannten wir so noch nicht und daher möchten wir gleich einmal bei Ghibellinia anfragen: nicht mal von Wagner?

Jetzt aber geht es ans Eingemachte: TOP 4: Gewesene (gefällt uns, der Ausdruck) Veranstaltungen

Nur durch massiven Einsatz einiger Bundesbrüder konnte das Fest erfolgreich verlaufen. Zukünftig sollen Einkäufe rechtzeitig getätigt werden, nicht erst am Tag der Veranstaltung.

Aber wirklich. Das wissen selbst wir, die wir nicht zu 100 % arisiert sind. Auch hätten wir uns an dieser Stelle ein etwas ausführlicheres Protokoll gewünscht: ... „durch massiven Front-Einsatz“ hätte uns besser gefallen. Ferner sind wir etwas ratlos, was denn „zu einem erfolgreichen Festverlauf“ so genau gehört? Rechnet man das in Litern oder in Frauen, blond?

#### TOP 5: Kommende Veranstaltungen

Bundesbruder X (Name ist der NL-Redaktion bekannt; er möchte aber nicht genannt werden, weil er Konkurrenzeinkäufe befürchtet) wird Mettbrötchen besorgen, die verkauft werden können. Silvesterfeier: Die Veranstaltung fällt mangels Interesses aus.

Man, man, man, kein Interesse an einer Silvesterfeier, SPON hat Recht, das ist der Untergang.

#### TOP 6: Fuchsenkritik

Fuchs X wird für seine gute Arbeit während der Kneipe gelobt.

Für den LSH ein wenig dunkel, diese Aussage. Aber unser Hase nickt gleichfalls anerkennend.

#### TOP 7: Verschiedenes

Nichts.

Eigentlich schade, warum meldet sich nicht einmal der Schatzmeister zu Wort?

Fazit insgesamt: Es liegt tatsächlich einiges im Argen, jedenfalls bei der Saarbrücker Ghibellinia, die sich in einer Art Frontstellung zu den Franzmännern befindet. Alles verloren scheint uns freilich nicht, die Stichbilanz muss nur hiebfest bleiben.

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,774524,00.html>

#### IV. Für Sie (weiter) nachgebohrt

Ganz Deutschland ist von erneuerbaren Energien besetzt ... Ganz Deutschland? Nein! Ein von unbeugsamen Juristen bevölkertes Institut hört nicht auf, den Windmühlen Widerstand zu leisten.

Sie erinnern sich: Wir hatten uns im April-Newsletter mit Dr. phil. Dr. h.c. mult. Helmut Kohl, für den der abermalige Atomausstieg so überraschend kam wie seine Niederlage gegen Gerd Schröder, solidarisch erklärt, weil wir fürchteten, dass unser Institutswald nach dem Atomausstieg mit Windrädern zugepflastert wird. Wir fragten bei der Atomindustrie an, ob denn ein Tarif mit reiner Atomkraft zu bekommen sei und wir dann reinen Gewissens eine Ökostrommauer ums Institut bauen könnten.

Zwischenzeitlich sind weitere Antworten eingetroffen, die wir Ihnen natürlich nicht vorenthalten möchten:

Vattenfall ist von unserer Gesinnung durchaus angetan, kann jedoch, wie die anderen zuvor, nicht liefern: „Wir freuen uns über Ihr Interesse an einer Energiebelieferung mit ausschließlich in deutschen Kernkraftwerken erzeugten Strommengen. Leider können wir Ihnen ein solches Produkt nicht anbieten.“

Schuld sei mal wieder Gerd Schröder, der seinem oben erwähnten Vorgänger ordentlich eins ausgewischt habe und ihm dem Bezug reinen Atomstroms unmöglich machte: „Nach der Liberalisierung des Strommarktes hat der Gesetzgeber im Jahr 2000 vorgeschrieben, die einzelnen Wertschöpfungsstufen in einem integrierten Energieversorgungsunternehmen (Erzeugung, Netzbetrieb und Vertrieb) durch Unbundling zu trennen und transparent darzustellen. Das Unbundling hat zur Folge, dass der Vertrieb die Strommengen für seine Kunden nicht mehr direkt von der Erzeugung kaufen kann.“ Schade. Direktkabel vom Atomkraftwerk, das wär's gewesen ...

Immerhin versichert man bei Vattenfall aber abschließend: „Gern bieten wir Ihnen unsere Produkte, mit Energiemix und unter Einbeziehung der Herstellung in Kernkraftwerken, an.“

Auch bei R(H)EINPOWER der Stadtwerke Duisburg (Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Adolf Sauerland, da kann nichts passieren ...) haben wir mit reinem Atomstrom trotz des Wortspiels im Namen (und das ist nicht von uns eingefügt!) leider kein Glück: „Einen Stromtarif, der zu 100 % aus Atomenergie besteht, können wir Ihnen allerdings nicht anbieten.“ Ebenso die RheinEnergie aus Köln: „Einen von Ihnen gewünschten Tarif, dessen Stromerzeugung möglichst zu 100 % aus Atomenergie besteht, bieten wir nicht an.“

Es nützt doch alles nichts und so fragen wir direkt bei der Quelle nach: beim Deutschen Atomforum. Die müssten es doch wissen, mindestens für deren Vorstandsvorsitzende müsste es doch einen gemüsefreien Atom-Tarif geben. Doch auch hier haben wir leider Pech: „[D]ankend haben wir Ihre Anfrage erhalten. Einen Stromanbieter, der Strom zu 100% aus Kernenergie gibt es in Deutschland nicht.“

Bleibt zu hoffen, dass unsere geliebten deutschen Atomkraftwerke sorgfältiger gefahren werden, als es die Nachlässigkeit im Satzbau vermuten lässt. Sonst ist vielleicht doch vor 2022 Schluss.

## V. Aus Forschung & Lehre

### < Doktor werden mit System >

Im Frühjahr dieses Jahres hatten wir uns anlässlich einer FAZ-Reihe die selbstkritische Frage gestellt, wie es denn um die Wissenschaftlichkeit der vorgeblichen Rechtswissenschaft bestellt sei. „Blendend bis ausbaufähig“, lautete das Urteil der Granden.

[http://www.strafrecht-online.org/index.php?dl\\_init=1&id=4026](http://www.strafrecht-online.org/index.php?dl_init=1&id=4026)

Wir waren uns da nicht ganz so sicher, wollen an dieser Stelle aber das Ausbaufähige noch einmal in den Blick nehmen. „Graduiertenschulen unter Beteiligung mehrerer Kollegen“ wurden hier als das Zaubermittel genannt, um „mäandernde Dissertationsschriften ohne Fragestellungen und These“ zu verhindern. Dies sieht auch ein ZEIT-Beitrag so: Über ein strukturiertes Doktorandenprogramm würde mit einem festen Zeitplan, permanenter Betreuung und Kommunikation untereinander der beklagenswerte Zustand als Mitarbeiter/in mit einer halben Stelle vermieden, die/der über eine lediglich dienende Funktion nicht hinauskäme und die Promotion zwangsläufig schleifen lassen müsse.

<http://www.zeit.de/2011/16/C-Promotion>

Das überrascht schon ein wenig, wenngleich die Graduiertenschule im Trend der Zeit liegt. Während man vor nicht allzu langer Zeit noch in Eigenverantwortung an Schulen deutliche Schwerpunkte setzen konnte, traut man der Person heute nicht mehr über den Weg und gibt ihr paternalistisch vor, was wichtig für sie zu sein hat. Während man früher einmal zumindest den Beginn des Studiums mit der Mündigkeit gleichsetzte, reagiert man heute selbst als Betroffener unwirsch, wenn Stundenplan, Lehr- und Lernprogramm sowie Lesezettel fehlen.

Und so soll es denn gleich über die Graduiertenschulen weitergehen, die durch DFG und Exzellenzinitiative an Gewicht gewinnen. Hier bekommt man alle Zutaten für eine Promotion in einem umfassenden Servicepaket präsentiert, auf dass der Dokortitel „ruck, zuck, wie et Brezelbacken“ entstehe. Wir wollen ergänzen: Entstehen muss, denn die Doktorarbeit ist eben kein Wunschkonzert, sondern hat nach den Vorgaben der Graduiertenschule in zwei, spätestens drei Jahren abgeschlossen zu sein, sonst ist man draußen. Das sind etwas überraschende Bedingungen für die Wissenschaft, bei der es durchaus einmal Phasen des Zweifels, der fehlenden Kreativität oder des Loches geben soll. Aber hierfür sind sie eben da, das Heer von BetreuerInnen, das plötzlich aus dem Nichts generiert wird. Denn die Graduiertenschulen verbessern ja nicht etwa das Verhältnis von potenziellen BetreuerInnen und DoktorandIn. Die Betroffenen werden eben nur in die Gespräche gezwungen, die unter solchen Bedingungen mit Sicherheit in jedem Falle fruchtbar sein werden.



Und auch das muss so sein, weil eine Graduiertenschule eben kein Selbstläufer ist, sondern unter einem Evaluationsdruck der Finanzierenden steht, die ein bestimmtes Output verlangen, soll die Förderung verlängert werden. Dieses Output darf auch nicht irgendeines sein, sondern muss Exzellenzkriterien erfüllen. Denn: Die Graduiertenschule ist selbst exzellent und fördert nur die Besten, also muss auch das Ergebnis entsprechend sein. Hakt es einmal, so kann vielleicht auch an der Note geschraubt werden, die Gutachter gehören ja der Graduiertenschule an und das kritische Potenzial der FakultätskollegInnen strebt wie bereits dasjenige des Zweitgutachtens gegen Null.

Wo die Graduierten dieser Turboprogramme landen? Vielleicht doch eher in der Industrie als an der Hochschule, wo man sich mit dem im NL schon einige Male bemühten Aufschrei einer spanischen Doktorandin aus guten Gründen abgefunden hat: „Die Doktorarbeit ist eben kein Pizza backen,“ entgegnete sie – mittlerweile Professorin – finster dem Wüterich, im konkreten Fall ihrem Vater, der den Abschluss per Telefon einforderte.

Aber was ist mit den Netzwerken der Graduiertenschulen? Wer in solche gezwungen werden muss, der möge in ihnen glücklich werden. Das Ideal eines wissenschaftlichen Vorgehens sieht anders aus, Fehlschlag inklusive.

## VI. Die Kategorie, die man nicht braucht

< Maschmeyer macht´s >

Maschmeyer ist einfach ein Tausendsassa, an dem wir nicht vorbeikommen: Erst zwingt er den NDR über eine Armada von Anwälten zu einem Waffenstillstand in Sachen Drückerkolonne, dann posiert er an der Seite seiner Gespielin in Bayreuth und jetzt macht er auch noch in Bildung.

<http://tinyurl.com/Maschmeyer-Bildung>

Der freie Link „Maschmeyer-Bildung“ zeigt dabei, dass diese Kombination ebenso neu wie überraschend ist. So ganz wird uns auch nicht klar, was Papagei-TV so bildungsmäßig betreibt, jedenfalls soll „langweilig und trocken gestern sein“. Geschäftsführer Plätz, der in Berlin Register zu Immobilienwerten herausgibt, und Finanzspezialist Goschin werden es schon richten, Bildung ist ihr Metier. Wenn jetzt einmal der zahlungskräftigen Kundschaft das Geld aus der Tasche gezogen werden soll, so läge hierin freilich eine schöne Abrundung zu seiner Tätigkeit als Drückerkönig, die eher den Mann auf der Straße nach dem Motto im Visier hatte: Kleinvieh macht auch Mist.

[http://www.strafrecht-online.org/index.php?dl\\_init=1&id=3932](http://www.strafrecht-online.org/index.php?dl_init=1&id=3932)

Wir wollen es nicht beschreiben: Aber sollte einmal der Moment kommen, in dem die Ferres auf dem roten Teppich der Festspiele wie weiland der Schweißfleck von Angela Merkel wegretuschiert und der NDR seine defensive Haltung aufgeben würde, dann trügen wir dies mit Fassung.

<http://www.faz.net/-01zvny>

Und wenn wir mit der SZ „Auferstanden aus Skandalen“ anstimmten, würde vielleicht auch der Papagei erschrocken davonfliegen.

<http://tinyurl.com/SZ-Maschmeyer>

## VII. Das Beste zum Schluss

Zur heiteren Entspannung und zu Ehren der Burschenschaften, die es auch nicht einfach haben, noch ein kleines Hakenkreuzworträtsel:

<http://www.youtube.com/watch?v=MSrAUDuq2oE>

Ihr LSH, uns interessiert wenig mehr als uns selbst

--

NL vom 29.7.2011

Roland Hefendehl  
Institut für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht  
Tel.: +49 (0)761 / 203-2210  
Fax: +49 (0)761 / 203-2219  
Mail: [hefendehl@jura.uni-freiburg.de](mailto:hefendehl@jura.uni-freiburg.de)  
Netz: <http://www.strafrecht-online.org>